

Sören Stumpf

Lexik und Argumentation im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021

1 Einleitung

Wähler*innen, die unsicher sind, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen, können seit 20 Jahren den Wahl-O-Mat, ein Online-Informationsangebot der Bundeszentrale für politische Bildung, nutzen, um zu einer Wahlentscheidung zu gelangen.¹ Der Wahl-O-Mat setzt sich aus insgesamt 38 Thesen zusammen, die unterschiedliche Politikfelder abdecken (z. B. „Der Bund soll mehr Zuständigkeiten in der Schulpolitik erhalten“; „Auf hohe Vermögen soll wieder eine Steuer erhoben werden“).² Wahl-O-Mat-User*innen können Stellung zu den Thesen beziehen, indem sie ihnen zustimmen, sie ablehnen oder ihnen neutral gegenüberstehen. Da auch die einzelnen Parteien für jede These im Vorfeld ein Votum abgeben, lässt sich mit dem Wahl-O-Mat berechnen, welche Parteien den eigenen politischen Standpunkten am nächsten stehen.

Auch wenn der Wahl-O-Mat von einigen Wähler*innen als „Spielzeug“ für den Zeitvertreib“ (Marschall/Israel 2014: 366) angesehen wird, ist seine Bedeutung als wichtiges Instrument der öffentlich-politischen Meinungsbildung nicht zu unterschätzen. Seit seiner Premiere bei der Bundestagswahl 2002 kamen 57 Wahl-O-Mate bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen zum Einsatz, die insgesamt über 100 Millionen Mal genutzt wurden.³ Es ist somit auch nicht verwunderlich, dass der Ausdruck *Wahl-O-Mat* mittlerweile seinen Weg in den Duden gefunden hat (elektronisches Programm, mit dem man seine Übereinstimmung mit politischen Parteien testen kann).⁴

Der Wahl-O-Mat stellt eine „Voting advice application“ dar. Solche Webanwendungen zur Entscheidungshilfe bei politischen Wahlen existieren bereits seit vielen Jahren in zahlreichen Ländern und sie sind seit Längerem

1 www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/ (Stand 11.11.2021).

2 Die Thesen eines konkreten Wahl-O-Mat erarbeitet eine Redaktion, die aus circa 25 Jung- und Erstwähler*innen sowie ausgewählten Forscher*innen aus Politikwissenschaft, Statistik und Pädagogik besteht. Auswahlkriterien sind unter anderem die Wichtigkeit, die Kontroversität und das Themenspektrum der Thesen sowie die inhaltliche Unterscheidbarkeit zwischen den Parteien. Die Beantwortung der Thesen sowie die Formulierung der Begründungstexte übernehmen die Geschäftsführungen der Parteien.

3 www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/326661/die-geschichte-des-wahl-o-mat (Stand 11.11.2021).

4 www.duden.de/rechtschreibung/Wahl_O_Mat (Stand 11.11.2021).

Untersuchungsgegenstand der Politikwissenschaft (vgl. Marschall 2005, 2009; Garzia/Marschall 2012, 2019; Hanel/Schultze 2014). Die Politolinguistik hat den Wahl-O-Mat bislang jedoch (noch) nicht als Untersuchungsobjekt entdeckt. So wird der Wahl-O-Mat in den einschlägigen und aktuellen Einführungs- und Handbüchern nicht erwähnt, obwohl die Erforschung politischer Texte, Textsorten und Kommunikationsbereiche ein Schwerpunkt innerhalb der Sprache-in-der-Politik-Forschung ist (vgl. Niehr 2014; Klein [Hg.] 2014, 2016; Girnth 2015; Roth/Wengeler/Ziem [Hgg.] 2017; Niehr/Kilian/Wengeler [Hgg.] 2017). Erste grundlegende methodologisch-methodische sowie empirische Perspektiven der sprachwissenschaftlichen Erforschung des Wahl-O-Mat werden in Stumpf (2021) präsentiert.

Im vorliegenden Beitrag steht der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021 im Mittelpunkt.⁵ Dieser ging am 2. September 2021 online und wurde bis zum Wahlsonntag am 26. September 2021 über 21.300.000 Mal aufgerufen.⁶ Von insgesamt 40 Parteien, die mit einer Landesliste zur Wahl standen, haben 39 die Wahl-O-Mat-Thesen beantwortet.

Aus linguistischer Sicht ist interessant, dass die Parteien nicht nur Stellung zu den Thesen beziehen, sondern dass sie auch zu jeder These einen Begründungstext verfassen, der für die Nutzer*innen einsehbar ist. So stimmen die Grünen der These zur Begrenzung für Mieterhöhungen zu, die CDU/CSU steht der These neutral gegenüber und die FDP lehnt sie ab – jeweils versehen mit ausformulierten Begründungstexten (vgl. Tabelle 1):

Partei	Votum	Begründung
Grüne	dafür	Ein bundeseinheitliches Gesamtkonzept soll u. a. mit einem Bundesgesetz gewährleisten, dass regionale Mietobergrenzen im Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich nachgeschärft wird. Unnötige Ausnahmen bspw. beim möblierten Wohnen schaffen wir ab. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten.
CDU/ CSU	neutral	Wir haben die Mietpreisbremse eingeführt und verlängert, sodass Mieterhöhungen in gefragten Gegenden begrenzt werden. Wir setzen darüber hinaus nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packen das Problem an der Wurzel und steigern das Wohnungsangebot, damit die Mieten stabil bleiben. Wo Wohnraum teuer ist oder fehlt, wie in vielen Großstädten, heißt unsere Devise: mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen.

5 www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2021/app/main_app.html (Stand 11.11.2021).

6 www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/326661/die-geschichte-des-wahl-o-mat (Stand 11.11.2021).

FDP	dagegen	Nur wenn wir mehr, schneller und günstiger bauen, wird Wohnen wieder bezahlbar. Daher wollen wir Freie Demokraten das Baurecht vereinfachen und Bauland schneller ausweisen. Mietpreisbremse und Mietendeckel schaffen hingegen keine neuen Wohnungen und sorgen sogar für eine Verknappung des Angebots.
-----	---------	---

Tabelle 1: Wahl-O-Mat-Begründungen zur These „Die Möglichkeiten der Vermieterinnen und Vermieter, Wohnungsmieten zu erhöhen, sollen gesetzlich stärker begrenzt werden“ (Wahl-O-Mat, Bundestagswahl 2021)

Ziel des Beitrags ist es, auf der Grundlage der Wahl-O-Mat-Begründungen unterschiedliche lexikalische Mittel und argumentative Strategien aufzuzeigen, die das politische Programm sowie die Leitbilder und Wertvorstellungen der im Bundestag vertretenen Parteien widerspiegeln und die verwendet werden, um Zustimmung für die eigenen Positionen zu erzeugen. Dabei werden sowohl die einzelnen Parteien miteinander verglichen als auch innerparteiliche Veränderungen im Laufe der Zeit in den Blick genommen. Der Beitrag plädiert insgesamt für die stärkere Berücksichtigung des Wahl-O-Mat innerhalb der Politolinguistik.

2 Das Wahl-O-Mat-Korpus

Um den Wahl-O-Mat für linguistische Studien zugänglich zu machen, wurden alle verfügbaren Textdateien zusammengetragen und das Wahl-O-Mat-Korpus erstellt.⁷ Das Wahl-O-Mat-Korpus beinhaltet die Thesen und Begründungen aus insgesamt 55 Wahlen von 2002 bis 2021 (vgl. Tabelle 2):⁸

Art der Wahl	Wahlen	Jahr	Thesen	Begründungen	Tokens
Bundestag	6	2002, 2005, 2009, 2013, 2017, 2021	209	4.171	167.592
Europäisches Parlament	4	2004, 2009, 2014, 2019	144	3.018	117.986
Landesparlament	45	2003–2021	1.592	19.406	718.185
Insgesamt	55	2002–2021	1.945	26.595	1.003.763

Tabelle 2: Wahl-O-Mat-Korpus (Stand 11. November 2021)

Seit Beginn des Wahl-O-Mat wurden zahlreiche Thesen gestellt (1.945) und resultierend daraus umso mehr Begründungen der Parteien formuliert

⁷ Ich bedanke mich herzlich bei Kai Kugler (Trier), der mich bei der Datenzusammenstellung unterstützt hat.

⁸ Die Wahl-O-Mat-Daten zu den beiden im September 2021 stattgefundenen Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in das Korpus integriert.

(26.595). Die Begründungen besitzen dabei einen Umfang von etwa 1.000.000 Tokens. Es handelt sich bei dem Wahl-O-Mat-Korpus also um ein recht umfangreiches Spezialkorpus zum politischen Sprachgebrauch der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Im vorliegenden Aufsatz werden primär die Begründungen der Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke und AfD im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021 fokussiert. Vereinzelt werden auch Vergleiche zum Sprachgebrauch in früheren Wahl-O-Maten gezogen.

3 Die Textsorte Wahl-O-Mat-Begründung

Die Wahl-O-Mat-Begründungen, die in Abschnitt 4 genauer analysiert werden, sind Teil des web- und appbasierten Tools „Wahl-O-Mat“. Sie sind über die Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung frei zugänglich und daher im öffentlich-politischen Handlungsbereich zu verorten. Die Textsorte findet Verwendung innerhalb von Wahlkämpfen. Textproduzenten sind die einzelnen Parteien; die Rezeption erfolgt von den Bürger*innen. Diese werden über die Parteistandpunkte informiert und sollen von diesen überzeugt werden. Zentrale Funktionen sind also das Werben um und das Verstärken von Zustimmung für die eigenen Positionen und die Ablehnung der Positionen der anderen Parteien. Zudem finden sich kommissive Anteile, da die Parteien regelmäßig auch darlegen, welche konkreten zukünftigen politischen Maßnahmen sie durchsetzen würden.

Thematisch werden zahlreiche verschiedene aktuelle politische Fragen – zum Beispiel zur Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik – behandelt. Wie der Name der Textsorte schon verrät, liegt den Texten in erster Linie eine argumentative Struktur zugrunde, da mit ihnen versucht wird, die Entscheidung für oder gegen eine These zu rechtfertigen. In Anlehnung an das klassische Argumentationsmodell von Toulmin (1958) könnte man also sagen, dass in den Begründungstexten die unstrittigen Argumente präsentiert werden, mithilfe derer die strittige These begründet oder widerlegt werden soll.

In Bezug auf sprachlich-stilistische Merkmale lässt sich festhalten, dass die Texte stark durch bestimmte Kommunikationsmaximen beeinflusst sind: Die Parteien sind dazu angehalten, möglichst präzise, mit knappen Formulierungen und in verständlicher Sprache ihre politischen Standpunkte darzulegen. Diese Maximen wirken sich beispielsweise auf die Syntax aus, die durch einen starken parataktischen Satzbau gekennzeichnet ist. Zudem sind die Texte durch eine verdichtete Semantik geprägt, insbesondere aufgrund des hohen Anteils an Schlagwörtern.

Der Begründungstext ist eng mit der jeweiligen These verknüpft, auf die er explizit Bezug nimmt. Zudem finden sich in den Begründungen immer wieder auch intertextuelle Bezüge zu diversen Gesetzen, die die eigene Partei oder andere Parteien erlassen haben oder erlassen möchten. Die Textsorte Wahl-O-Mat-Begründung steht außerdem in Verbindung mit verwandten Wahlkampf-Textsorten. Sie ist also Teil der generellen Wahlkampfssprache einer Partei.

4 Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021 aus lexikalischer und argumentationsanalytischer Sicht

4.1 Allgemeine lexikalische Beobachtungen

Es lassen sich allgemeine quantitative Unterschiede in Bezug auf den Umfang der Begründungstexte sowie im Gebrauch bestimmter Schlagwörter beobachten. Wie in Tabelle 3 ersichtlich, sind die Begründungstexte der SPD zwar am längsten, die Unterschiede zwischen den Parteien lassen sich aber als marginal bewerten. Die Antworten der SPD umfassen mit durchschnittlich 56 Wörtern pro Antwort zehn Wörter mehr als die Antworten der CDU/CSU mit 46 Wörtern:

Partei	Tokens insgesamt	Tokens pro Begründung (im Durchschnitt)
SPD	2.115	56
Grüne	2.037	54
FDP	2.007	53
AfD	1.788	47
Linke	1.699	45
CDU/CSU	1.739	46
Insgesamt	11.385	50

Tabelle 3: Wortanzahl in den Begründungstexten der Parteien im Wahl-O-Mat 2021

Die Parteien nutzen für ihre Argumentation jeweils verschiedene Schlagwörter in unterschiedlicher Frequenz. Tabelle 4 veranschaulicht diese Differenzen anhand zweier Schlagwörter (*Klima*, *Steuer*), die auf wichtige Themen des Bundestagswahlkampfes 2021 (Klima- und Steuerpolitik) referieren:

Partei	<i>Klima</i>	<i>Steuer</i>
CDU/CSU	0	9 (<i>Vermögensteuer</i> [3], <i>Besteuerung</i> , <i>Steuer</i> , <i>Einkommenssteuer</i> , <i>Kirchensteuer</i> , <i>Steuereinzug</i> , <i>Luftverkehrssteuer</i>)

SPD	4 (<i>Klimawandel</i> [2], <i>klimafreundlich</i> , <i>klimaschädlich</i>)	12 (<i>Steuer</i> [2], <i>Vermögensteuer</i> [2], <i>Unternehmensbesteuerung</i> , <i>Mindestbesteuerung</i> , <i>Besteuerung</i> , <i>Steuererleichterung</i> , <i>Kirchensteuer</i> , <i>Steuersatz</i> , <i>Steuerbelastung</i> , <i>Steuerrecht</i>)
FDP	7 (<i>Klimaschutz</i> [3], <i>Klimaschutzinstrument</i> , <i>klimafreundlich</i> , <i>Klimawandel</i> , <i>Klimadividende</i>)	14 (<i>Besteuerung</i> [3], <i>Steuergelder</i> , <i>Mindeststeuer</i> , <i>Steuer</i> , <i>Steuererleichterung</i> , <i>Steuervermeidung</i> , <i>Digitalsteuer</i> , <i>Sondersteuer</i> , <i>Kirchensteuerrecht</i> , <i>Vermögensteuer</i> , <i>Steuerbegünstigung</i> , <i>Stromsteuer</i>)
Linke	7 (<i>Klima</i> [3], <i>Klimaschutz</i> , <i>klimaneutral</i> , <i>klimagerecht</i> , <i>Klimaflüchtling</i>)	13 (<i>Steuer</i> [3], <i>Steuergelder</i> , <i>Steuermilliarden</i> , <i>Steuererleichterung</i> , <i>besteuern</i> , <i>Steuersatz</i> , <i>Steuermodell</i> , <i>steuerlich</i> , <i>Steuerfreibetrag</i> , <i>Steuerzahler*innen</i> , <i>Kerosinsteuer</i>)
Grüne	11 (<i>Klimaziele</i> [3], <i>Klima</i> , <i>Klimaschäden</i> , <i>EU-Klimaziele</i> , <i>Bundes-Klimaschutz</i> , <i>Klimakrise</i> , <i>klimaschädlich</i> , <i>klimafreundlich</i> , <i>Klimaschutz</i>)	13 (<i>Besteuerung</i> [2], <i>Steuersümpfe</i> , <i>Digitalkonzernsteuer</i> , <i>besteuern</i> , <i>Einkommenssteuer</i> , <i>Kirchensteuersystem</i> , <i>Gemeindesteuersystem</i> , <i>Kirchensteuereinzug</i> , <i>Kirchensteuerzahlung</i> , <i>Vermögensteuer</i> , <i>Lohnsteuer</i> , <i>Steuerklasse</i>)
AfD	1 (<i>Klima-Hysterie</i>)	11 (<i>Digitalsteuer</i> [2], <i>Besteuerung</i> , <i>Steuerungerechtigkeit</i> , <i>Kirchensteuereinzug</i> , <i>Steuerbelastung</i> , <i>Vermögenssteuer</i> , <i>steuerlich</i> , <i>Steuer</i> , <i>CO₂-Besteuerung</i> , <i>Luftverkehrssteuer</i>)

Tabelle 4: Die Schlagwörter *Klima* und *Steuer* in den Wahl-O-Mat-Begründungen 2021

Besonders auffällig ist, dass in den 38 Begründungstexten der CDU/CSU kein einziges Mal das Wort *Klima* vorkommt. Dies erscheint angesichts der Aktualität, Wichtigkeit und Omnipräsenz dieses Themas mehr als nur verwunderlich.⁹ Im Gegensatz dazu zeigt sich in den Antworten der Grünen, dass es sich bei *Klima* mehr denn je um ein Fahnenwort dieser Partei handelt und es eine entscheidende Rolle in ihrem Wahlkampf gespielt hat. Als einzige Partei verweisen die Grünen auf die vereinbarten (*EU*-)Klimaziele und beschreiben die derzeitige Lage als Krise, indem sie das Kompositum *Klimakrise* (anstatt beispielsweise *Klimawandel*) verwenden. Die Lexeme dienen hierbei der Argumentationsentfaltung und lassen sich dem Topos der düsteren Gegenwarts- bzw. Zukunftsprognose (vgl. Römer 2017: 164–165) zuordnen: „Weil die gegenwärtige und zukünftige Lage Deutschlands und der Welt aufgrund der *Klimaschäden/Klimakrise* ausgesprochen schlecht ist bzw. schlecht sein wird, müssen dringend die (*EU*-)Klimaziele eingehalten und aktiv (*Bundes*-)Klimaschutz betrieben werden, um Schlimmeres zu verhindern.“ Erwähnenswert ist zudem, dass die AfD – wenig überraschend – das zum Unwort des Jahres 2019 gewählte

9 So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 15. September 2021: „Nie gab es so viel Klima in einem deutschen Wahlkampf.“ (www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-klimaschutz-bruessel-1.5410298, Stand 11.11.2021).

Lexem *Klima-Hysterie*¹⁰ heranzieht, um gegen jegliche Klimaschutzmaßnahmen zu argumentieren.

Bei der Analyse des Wortes *Steuer* sind weniger die einzelnen Tokens als vielmehr die lexikalisch-syntaktische Einbettung des Wortes aufschlussreich, sprich: der Blick darauf, mit welchen anderen Lexemen das Wort gebraucht wird. Die in Tabelle 5 angeführten Kotextbelege verdeutlichen, dass die wirtschaftsliberal ausgerichteten Parteien CDU/CSU, FDP und AfD STEUERN ALS LAST metaphorisieren (vgl. zu diesem Metaphernkonzept auch Kuck 2018: 233, 311):

Partei	Beispiele
CDU/CSU	<i>Wir werden [...] mittlere Einkommen bei der Einkommenssteuer entlasten; zusätzliche Lasten wie [...] Vermögensteuer; Eine Vermögensteuer würde [...] belasten; Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse; Flüge [...] wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien</i>
FDP	<i>Eine Wiederbelebung der Vermögensteuer wäre für unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Hemmschuh; Der Solidaritätszuschlag war und bleibt eine [...] Sondersteuer. [...] Nicht zuletzt geht es hier auch um die Entlastung der vielen betroffenen mittelständischen Unternehmen</i>
AfD	<i>Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung [...] zu senken</i>

Tabelle 5: Lexikalisch-syntaktische Einbettung von *Steuer* in den Wahl-O-Mat-Begründungen 2021 der Parteien CDU/CSU, FDP und AfD (in Auswahl)

Konkrete Metapher tokens sind *Lasten*, *entlasten*, *belasten*, *befreien*, *Entlastung* und *Steuerbelastung*. Die hohe Belastung durch Steuern sei eine *Wohlstandsbremse* für die deutschen Bürger*innen und ein *Hemmschuh* für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands. In dem Metapherngebrauch verbirgt sich wiederum ein abstrakteres Argumentationsmuster: „Weil die Bevölkerung/Wirtschaft durch Steuern zu stark belastet ist, dürfen keine zusätzlichen Steuern eingeführt bzw. müssen bestimmte Steuern gesenkt werden, um dem allgemeinen Wohlstand und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht zu schaden.“

Frequenzunterschiede im Schlagwortgebrauch lassen sich auch aufdecken, wenn das gesamte Wahl-O-Mat-Korpus betrachtet wird. In Teilkorpora, in denen die Begründungen der einzelnen Parteien zu allen Wahlen aufbereitet wurden, kann mithilfe der Software AntConc¹¹ gezielt nach Schlagwörtern gesucht werden. Auf diese Weise können parteispezifische Schlagwortprofile im Wahl-O-Mat sichtbar gemacht werden. So offenbart sich beispielsweise, dass das Hochwertwort *Sicherheit* in allen bislang konzipier-

10 www.unwortdesjahres.net/unwort/das-unwort-seit-1991/2010-2019/ (Stand 11.11.2021).

11 www.laurenceanthony.net/software/antconc/ (Stand 11.11.2021).

ten Wahl-O-Maten von Seiten der Union am häufigsten verwendet wird (vgl. Tabelle 6):

Partei	Tokens	Beispiele (Types)
CDU/CSU	126	<i>Sicherheitspolitik, Sicherheitswacht, Sicherheitsrat, Videosicherheitstechnik, Sicherheitsgefühl usw.</i>
SPD	106	<i>Sicherheitsbehörden, Sicherheitsarchitektur, Energiesicherheit, Versorgungssicherheit usw.</i>
FDP	102	<i>Ernährungssicherheit, Sicherheitsgesetze, Reaktorsicherheit, Sicherheitsgefühl, Sicherheitsgewinn usw.</i>
Grüne	72	<i>Verkehrssicherheit, Rechtssicherheit, Sicherheitssystem, Sicherheitsproblem usw.</i>
Linke	75	<i>Sicherheitspolitik, Sicherheitsrat, Sicherheitsinteresse, Sicherheitsbehörden, Planungssicherheit usw.</i>
AfD	48	<i>Sicherheitslage, Sicherheitskräfte, Rechtssicherheit, Sicherheitspolitik usw.</i>

Tabelle 6: Vorkommen von *Sicherheit* in den Wahl-O-Mat-Begründungen (2002–2021)

Bereits bei einem flüchtigen Blick auf die Beispiele in Tabelle 6 zeigt sich aber auch, dass das Wort *Sicherheit* und die mit ihm gebildeten Komposita von den Parteien zum Teil in unterschiedlicher Bedeutung verwendet werden bzw. sich das Wort auf unterschiedliche Bereiche bezieht (z. B. auf die Sicherheit der Bürger*innen vor Kriminalität [*Sicherheitswacht*, CDU/CSU] oder auf die Sicherheit der Energiegewinnung [*Reaktorsicherheit*, FDP]). Rein quantitative Wortlisten und -profile genügen somit nicht, um den Wahl-O-Mat-Wortschatz zu analysieren. Im Folgenden werden daher qualitativ-hermeneutische Zugänge vorgestellt.

4.2 Bezeichnungskonkurrenzen

Da sich die Parteien in ihren Begründungen auf die gleichen Thesen beziehen, lassen sich diverse Bezeichnungskonkurrenzen beobachten (vgl. Klein 2014: 73–76). Je nachdem, ob die Parteien einem Sachverhalt zustimmen oder ob sie ihn ablehnen, können die Bezeichnungen positiver oder negativer konnotiert sein. Die verwendeten Ausdrücke dienen somit auch der Argumentation für oder gegen eine These; hierzu drei Beispiele:

- Die Grünen bilden in Bezug auf die These, ob ein generelles Tempolimit eingeführt werden soll, mithilfe des positiv konnotierten Hochwertworts *Sicherheit* das Kompositum (*allgemeines*) *Sicherheitstempo*. In dem Kompositum steckt die komplexere Argumentation: „Weil ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen zu mehr Sicherheit und somit zu weniger schweren Unfällen führt, ist es gesetzlich einzuführen“. Die AfD wählt dagegen mit *starr* ein negativ konnotiertes Ad-

ektiv, um ihre Ablehnung gegenüber einem generellen Tempolimit auszudrücken. Sie plädiert in ihrer Begründung für *flexible, situationsgerechte Streckenbeeinflussungsanlagen*.

- Das politische Vorhaben, Verkauf von Cannabis zu erlauben, bezeichnet CDU/CSU als *Legalisierung illegaler Drogen*, was widersprüchlich erscheint, da durch die Legalisierung die Illegalität aufgehoben würde (und genau darum geht es den Befürworter*innen). Die Parteien, die für einen legalen Verkauf von Marihuana sind, sprechen von *reguliert[er] Abgabe* (SPD), *kontrollierte[r] Freigabe* (FDP) und *kontrollierte[r] Abgabe* bzw. *regulierte[m] Verkauf* (Grüne) von Cannabis.
- Mit Blick auf die Frage, ob Deutschland aus der Europäischen Union austreten solle, wählen die Parteien unterschiedliche Bezeichnungen für die EU – je nachdem, ob sie für oder gegen den Austritt der BRD aus dem Staatenverbund sind. Für CDU/CSU ist die EU das *größte politische Erfolgsprojekt* und für die SPD die *Einheit Europas*. Die AfD, die einen „Dexit“ fordert, rückt die EU mit der Bezeichnung *planwirtschaftliche[r] Superstaat* in eine sozialistisch-kommunistische Ecke. *Planwirtschaft* kann dabei als Stigmawort angesehen werden.

4.3 Bedeutungskonkurrenzen

Neben Bezeichnungskonkurrenzen lassen sich auch Bedeutungskonkurrenzen (vgl. Klein 2014: 77–83) bzw. sogenannte ideologische Polysemien (vgl. Dieckmann 1969: 70–75) in den Wahl-O-Mat-Texten aufdecken. Die Parteien versuchen mitunter, die Bedeutung wichtiger Ausdrücke im Sinne ihrer eigenen politischen Einstellung zu definieren, zu spezifizieren oder zu verändern. Auf diese Weise kann es dazu kommen, dass einem Ausdruck von unterschiedlichen ideologischen Parteien unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben werden. Dies lässt sich anhand einer These aus dem Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021, in der das Wort *Familie* eine zentrale Rolle spielt, veranschaulichen (vgl. Tabelle 7):

Partei	Votum	Begründung
CDU/ CSU	dagegen	Für CDU und CSU ist Familie überall dort, wo Menschen miteinander dauerhaft verbunden oder verwandt sind und Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen Familien ermöglichen, so zu leben, wie sie leben wollen. Bei all unseren Überlegungen haben wir die Vielfaltigkeit der Familienformen im Blick.

SPD	dagegen	Familien leben in großer Vielfalt miteinander. Wir wollen das Leben aller Familien leichter machen. Entscheidend ist dabei, dass sie dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit oder ohne Trauschein, ob mit gemischt- oder gleichgeschlechtlichen Eltern. Bestehende Diskriminierungen gegenüber LSBTIQ-Familien und -Kindern werden wir konsequent weiter abbauen.
FDP	dagegen	Für uns Freie Demokraten sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll. Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein. Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine moderne Familienpolitik, in der jede Familie ihre Entscheidungen selbst treffen kann. Wir setzen uns für ein modernes Sorge-, Adoptions-, Reproduktions- und Abtreibungsrecht ein.
Linke	dagegen	Familie ist für uns überall, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Alle Familienformen sollen dieselben Rechte und Pflichten haben.
Grüne	dagegen	Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft und verdienen gleiche Unterstützung. Egal ob mit oder ohne Trauschein, mit Partner*in, getrennt oder alleinerziehend, egal ob als Vater, Mutter und Kinder, ob als Regenbogenfamilien, Patchwork- oder Mehrelternfamilien – alle Formen sollen rechtlich und sozial abgesichert sein. Im Mittelpunkt müssen dabei stets Kinder stehen, denen der Staat gleiche Chancen gewährleisten muss.
AfD	dafür	Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie besteht aus Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück. Wir fordern die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten, besonderen Schutzes der Familie. Ein Schlüssel zu glücklicheren und stabileren Familien liegt dabei in aktivierenden familienpolitischen Maßnahmen und in einer größeren Wertschätzung der Familienarbeit.

Tabelle 7: Wahl-O-Mat-Begründungen zur These „Die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und Kindern soll stärker als andere Lebensgemeinschaften gefördert werden“ (Wahl-O-Mat, Bundestagswahl 2021)

Die Union, SPD, FDP und Linke wählen fast die wortgleiche Formulierung, wenn sie sagen, dass Familie überall dort ist, wo Menschen *füreinander Verantwortung übernehmen*. Es wird hier also in gewisser Weise eine intensive Begriffsbestimmung vorgenommen.

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne betonen die *Vielfalt* bzw. *Vielfältigkeit* der Familienformen, indem sie explizit diese Ausdrücke verwenden und/oder indem sie im Sinne einer extensionalen Begriffsbestimmung verschiedene Formen der Lebensgemeinschaften aufzählen (z. B. bei den Grünen: *mit oder ohne Trauschein, mit Partner*in, getrennt oder alleinerziehend, egal ob als Vater, Mutter und Kinder, ob als Regenbogenfamilien, Patchwork- oder Mehrelternfamilien*).

Zu betonen ist auch, dass die Parteien, die der These nicht zustimmen, durchweg im Plural von *allen Familienformen* oder *Lebensgemeinschaften* sprechen. Aus den Charakterisierungen, was für die Parteien *Familie* be-

deutet, resultiert logischerweise die Ablehnung der These, da der Familienbegriff für die Parteien viel weiter gefasst ist als der Familienbegriff, der in der These formuliert wird. Das Credo lautet: Gleiche Rechte für alle Familienformen.

Die AfD befürwortet die These. Zur Begründung wählt sie einen anderen Familienbegriff, mit dem sie sich klar von dem Begriff der übrigen Parteien abgrenzt. Das traditionelle Familienbild der These wird aufgegriffen und es wird gesagt, dass Familien als *Keimzelle der Gesellschaft* aus *Vater, Mutter und Kindern* bestehen. Die AfD verknüpft im Rahmen ihrer intensionalen Begriffsbestimmung den Ausdruck *Familie* zudem mit einer ganzen Reihe an Hochwertwörtern: *Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück*. *Familie* wird von der AfD also deutlich enger definiert als in den Texten der anderen Parteien.

Da die AfD nur klassische bzw. traditionelle Familien als *Familie* bezeichnet, seien diese gegenüber anderen Lebensformen förderungswürdiger: *Wir fordern die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten, besonderen Schutzes der Familie*. Das Beispiel verdeutlicht, dass die von den Parteien skizzierten Bedeutungen der entfaltenen Argumentation dienen bzw. die Argumentation auf der zugrunde gelegten Bedeutung aufbaut und daraus resultiert.

4.4 Lexikalische und argumentative Veränderungen im Laufe der Zeit

Abschließend wird exemplarisch skizziert, wie sich Veränderungen der politischen Meinung und Ausrichtung einzelner Parteien in der Sprache des Wahl-O-Mat niederschlagen. Dienlich sind hierfür solche Thesen, die über verschiedene Wahlen hinweg thematisiert werden und zu denen sich das Votum einer Partei im Laufe der Zeit geändert hat.

Ein Beispiel hierfür ist die Haltung der FDP zum kontrollierten Cannabis-Verkauf, die sich zwischen 2005 und 2017 gewandelt hat (vgl. Tabelle 8):

2005	2017	2021
Die oft geäußerte Unbedenklichkeit des Hanfkonsums entspricht nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Beispielsweise weisen Experten auf die Gefahr von schizophrenen Psychosen hin, zumal wenn weitere Drogen konsu-	Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften kann die Qualität kontrolliert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis dabei ähnlich wie Zigaretten besteu-	Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir wollen den Besitz und Konsum für volljährige Personen erlauben. Nur mit einem Verkauf in lizenzierten Geschäften können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Das Verbot von Can-

miert werden.	ert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingenommen werden.	nabis kriminalisiert unzählige Menschen, bindet immense Polizeiresourcen und erleichtert durch illegalen Kontakt zu Dealern den Einstieg zu härteren Drogen.
dagegen	dafür	dafür

Tabelle 8: Begründungen der FDP zur These „Der kontrollierte Verkauf von Cannabis soll generell erlaubt sein“ in den Wahl-O-Maten 2005, 2017 und 2021

2005 argumentieren die Liberalen mit Verweis auf die *Gefahr* von Cannabis als Einstiegsdroge noch gegen eine Legalisierung: „Weil Cannabis aus wissenschaftlicher Sicht gefährlich sowie eine Einstiegsdroge ist, sollte der Verkauf nicht erlaubt werden“. 2017 und 2021 vermeidet die FDP die Herausstellung der Gefahren des Cannabiskonsums sowie den Verweis auf die *wissenschaftlichen Erkenntnisse*, der zuvor noch als Autoritätstopos gedient hat. Stattdessen werden zahlreiche positive Effekte einer Legalisierung angeführt: „Weil durch die Legalisierung von Cannabis die Produktqualität kontrolliert, der Jugendschutz gewährleistet, zahlreiche Menschen entkriminalisiert, die Polizei entlastet, der Einstieg zu härteren Drogen durch den Kontakt mit Dealern vermieden werden kann und hohe Steuereinnahmen erzielt werden können, sollte der Verkauf erlaubt werden“.

Als zweites Beispiel dienen die Stellungnahmen der SPD zu einem generellen Tempolimit. In den vergangenen Wahl-O-Maten sprach sich die SPD stets gegen die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen aus. Im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2021 sind sie dafür (vgl. Tabelle 9):

2017	2021
Wir setzen auf flexible Maßnahmen. Besser sind Tempobeschränkungen, die die Faktoren Verkehrsaufkommen und Witterungsbedingungen berücksichtigen. Das hilft letztlich auch der Umwelt. Flexible Tempobeschränkungen helfen mit dabei, schwere Unfälle zu verhindern.	Ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen schützt die Umwelt und senkt die Unfallzahlen deutlich. Außerdem erhöht es die Reichweite von Elektrofahrzeugen deutlich – und diese werden in Zukunft eine [sic] Großteil der Fahrzeuge ausmachen.
dagegen	dafür

Tabelle 9: Begründungen der SPD zur These „Auf deutschen Autobahnen soll ein generelles Tempolimit gelten“ in den Wahl-O-Maten 2017 und 2021

Dabei fällt beim Vergleich zwischen den Begründungen von 2017 und 2021 auf, dass die angeführten Argumente fast identisch sind. 2017 ist die SPD noch der Überzeugung, dass mit *flexiblen Tempobeschränkungen* auch bzw. besser der *Umwelt* geholfen werden kann und *schwere Unfälle* verhindert

werden können: „Weil mit flexiblen Tempobeschränkungen (auch/besser) der Umwelt geholfen kann und schwere Unfälle verhindert werden können, sollte kein generelles Tempolimit eingeführt werden“. *Flexibilität* ist hierbei als Hochwertwort zu interpretieren, auf das beispielsweise auch die AfD zurückgreift, um gegen ein allgemeines Tempolimit zu argumentieren (vgl. Abschnitt 4.2). Im Wahl-O-Mat 2021 dienen der SPD ebenfalls der Schutz der Umwelt und die Senkung der Verkehrsunfälle als Argumente – dieses Mal jedoch für die Einführung eines generellen Tempolimits: „Weil mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h der Umwelt geholfen werden kann, die Unfallzahlen gesenkt werden können und die Reichweite von Elektrofahrzeugen als Fortbewegungsmittel der Zukunft erhöht werden kann, sollte ein generelles Tempolimit eingeführt werden“. Lediglich der Verweis auf die daraus resultierende Erhöhung der *Reichweite von Elektrofahrzeugen*, die mit dem Hochwertwort *Zukunft* verknüpft werden, ist neu hinzugekommen. Böse Zungen könnten also behaupten, die SPD habe sich in Bezug auf diese verkehrspolitische Frage dem grünen Zeitgeist angepasst, ohne wirklich ihre Argumente zu verändern.

5 Fazit

Die im Beitrag thematisierten Fallbeispiele veranschaulichen, dass es sich beim Wahl-O-Mat um einen Untersuchungsgegenstand handelt, der für politolinguistische Analysen besonders aufschlussreich und fruchtbringend ist. Denn im Rahmen der Begründungstexte werden Parteien unterschiedlichster politischer Ausrichtung dazu aufgerufen, Stellung zu den gleichen Thesen zu beziehen. Aufgrund dessen kann der Sprachgebrauch zwischen den Parteien sehr gut miteinander verglichen werden. Darüber hinaus ist das vorhandene Themenspektrum wahrscheinlich so vielfältig wie in keiner anderen Wahlkampf-Textsorte. Die Parteien müssen sich auch zu Inhalten äußern, die eventuell nicht zu ihren favorisierten Wahlkampfthemen bzw. Kompetenzbereichen gehören. Aus diachroner Sicht lässt sich Wandel im Sprachgebrauch (z. B. Lexik, Argumentation) einzelner Parteien feststellen. Veränderte politische Ansichten und Standpunkte zu Thesen, die über einzelne Wahlen hinweg im Wahl-O-Mat abgefragt werden, können anhand der linguistischen Analyse der Begründungstexte offengelegt werden.

Literatur

- Dieckmann, Walther (1969): *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*. Heidelberg.
- Garzia, Diego/Marschall, Stefan (2012): Voting Advice Applications under Review: The State of Research. In: *International Journal of Electronic Governance (IJEG) 3/4, Special Issue: Voting Advice Applications and the State of the Art: Theory, Practice and Comparative Insights*, S. 203–222.
- Garzia, Diego/Marschall, Stefan (2019): Voting Advice Applications. In: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Online-Artikel: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.620>.
- Girnth, Heiko (2015): *Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin, Boston.
- Hanel, Katharina/Schultze, Martin (2014): Analyzing the Political Communication Patterns of Voting Advice Application Users. In: *International Journal of Internet Science 9*, S. 31–51.
- Klein, Josef (2014): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein, Josef (Hg.): *Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze*. Berlin, S. 59–101.
- Klein, Josef (Hg.) (2014): *Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze*. Berlin.
- Klein, Josef (Hg.) (2016): *Von Gandhi und al-Qaida bis Schröder und Merkel. Politolinguistische Analysen, Expertisen und Kritik*. Berlin.
- Kuck, Kristin (2018): *Krisenszenarien. Metaphern in wirtschafts- und sozialpolitischen Diskursen*. Berlin, Boston.
- Marschall, Stefan (2005): Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte 51–52*, S. 41–46.
- Marschall, Stefan (2009): Der Wahl-O-Mat als Instrument der Gesellschaftsberatung – Potenziale und Grenzen. In: *Zeitschrift für Politikberatung 2*, S. 485–492.
- Niehr, Thomas (2014): *Einführung in die Politolinguistik*. Göttingen.
- Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hgg.) (2017): *Handbuch Sprache und Politik*. 3 Bände. Bremen.
- Römer, David (2017): *Wirtschaftskrisen. Eine linguistische Diskursgeschichte*. Berlin, Boston.
- Roth, Kersten Sven/Wengeler, Martin/Ziem, Alexander (Hgg.) (2017): *Handbuch Sprache in Politik und Gesellschaft*. Berlin, Boston.
- Stumpf, Sören (2021): Der Wahl-O-Mat aus politolinguistischer Perspektive. In: *Sprachwissenschaft 46*, S. 315–341.
- Toulmin, Stephen (1958): *The Uses of Argument*. Cambridge.

PD Dr. Sören Stumpf
Universität Paderborn
Germanistische und Allgemeine Sprachwissenschaft
Warburger Str. 100
33098 Paderborn
E-Mail: soeren.stumpf@uni-paderborn.de